

Schüler haben die Nase voll – Proteste gegen Stundenausfall

Die Regierung verspricht im Landtag eine Unterrichtsgarantie. Das können die Demonstranten davor kaum glauben



Erfurt. 2500 Lehrer sollen zusätzlich eingestellt werden, um den Unterrichtsausfall vor allem in Fächern wie Mathematik aufzufangen. Nötig sei auch eine echte Vertretungsreserve, mit der mehr Schulsozialarbeit und schneller Einstellungen ermöglicht werden.

In 21 Thesen, angeschlagen an einer Tür vor dem Landtag, listeten gestern Schüler, Lehrer und Lehrer Forderungen an die Politik auf. Während die Abgeordneten über eine Regierungserklärung zur Bildungspolitik debattierten, protestierten etwa 500 Demonstranten gegen den Unterrichtsausfall und seine Folgen.

Es sei nicht hinnehmbar, dass Eltern immer mehr Nachhilfeunterricht bezahlen müssen, weil so viele Schulstunden ausfielen, sagte der Landeselternsprecher Roul Rommeiß. Die Vizelandeschefin der Bildungsgewerkschaft GEW, Steffi Kalupke, forderte außerdem endlich ein Ende der ungerechten Vergütung von Lehrkräften an Regelschulen.

1550 junge Lehrer werden eingestellt

Staatskanzleichef (Linke) räumte vor den Demonstranten ein, dass der Stundenausfall nicht zu akzeptieren sei. Gleichzeitig widersprach er aber Vorwürfen, das Thüringer Schulsystem stehe vor dem Kollaps.

Zuvor hatte er in einer Regierungserklärung im Landtag eine "Unterrichtsgarantie" versprochen. Die "Kommission Zukunft Schule" werde Vorschläge erarbeiten, wie die verfügbaren Ressourcen besser genutzt werden könnten.

Der Minister versprach aber nicht mehr Personal und verwies darauf, dass das Land in diesem und im nächsten Jahr 1550 Pädagogen neu einstellen wolle. Allein mit mehr Lehrern lasse sich das Ziel nicht erreichen, sagte er, da gerade in den naturwissenschaftlichen und musischen Fächern, wo besonders viel Unterricht ausfalle, kaum noch Pädagogen zu bekommen seien.

Hoff vertritt seit mehreren Monaten die erkrankte Schulministerin (Linke), die im vergangenen Jahr massive Kritik auf sich gezogen hatte. Die CDU sprach gestern von einer Demontage Kläuberts. "Nichts ist besser geworden, im Gegenteil", sagte der Abgeordnete. Es fehlten mehr Lehrer, viele

Schulleiterposten seien unbesetzt und Beförderungen selten. "Eine Unterrichtsgarantie muss eigentlich für jede Regierung selbstverständlich sein."

Für die AfD verlangte deren Fraktionschef eine Aussetzen der Inklusion und "ein Ende der Dauerrevolution im Bildungsbereich". Rot-Rot-Grün befinde sich auf einem "bildungspolitischen Amoklauf".

Die Bildungsgewerkschaften äußerten sich später versöhnlicher. Das Bildungsministerium habe zumindest "eine Reihe vieler kleiner wie großer Missstände" öffentlich anerkannt und die schrittweise Behebung versprochen, hieß es in einer Mitteilung. Dennoch komme dieses Eingeständnis reichlich spät.

Zur Sache: Bund kann in Schulen investieren

Durch eine Änderung des Grundgesetzes kann der Bund künftig in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen investieren. Dadurch wird das sogenannte Kooperationsverbot aufgebrochen. Das ist ein Teil der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Nach Verabschiedung der dafür nötigen Änderungen des Grundgesetzes und der Begleitgesetze im Bundestag muss noch der Bundesrat abstimmen.

So soll der Bund finanzschwachen Kommunen Gelder zur Sanierung maroder Schulen gewähren können. Dabei geht es um bis zu 3,5 Milliarden Euro.

[Lehrer, Eltern und Schüler demonstrieren vor dem Landtag](#)

[Leitartikel: Zeit für den Neustart](#)

Elena Rauch, Martin Debes / 02.06.17